Stand: 18.12.2025 08:45:06

Vorgangsmappe für die Drucksache 17/10469

"Subsidiarität - Vorschlag für einen Beschluss des Europäischen Parlaments und des Rates zur Einrichtung eines Mechanismus für den Informationsaustausch über zwischenstaatliche Abkommen und nicht verbindliche Instrumente zwischen Mitgliedstaaten und Drittländern im Energiebereich und zur Aufhebung des Beschlusses Nr. 994/2012/EU COM(2016) 53 final
BR-Drs. 82/16"

Vorgangsverlauf:

1. Initiativdrucksache 17/10469 vom 10.03.2016
2. Beschlussempfehlung mit Bericht 17/10505 des BU vom 15.03.2016
3. Beschluss des Plenums 17/10587 vom 16.03.2016
4. Plenarprotokoll Nr. 68 vom 16.03.2016

Bayerischer Landtag

17. Wahlperiode 10.03.2016 **Drucksache 17/10469**

Antrag

der Abgeordneten **Kerstin Schreyer-Stäblein, Dr. Franz Rieger, Michael Brückner, Alex Dorow, Dr. Martin Huber, Alexander König, Alfred Sauter, Thorsten Schwab, Jürgen Ströbel, Walter Taubeneder, Peter Tomaschko CSU**,

Dr. Linus Förster, Hans-Ulrich Pfaffmann, Susann Biedefeld, Diana Stachowitz SPD,

Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Dr. Hans Jürgen Fahn, Bernhard Pohl, Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer, Günther Felbinger, Thorsten Glauber, Eva Gottstein, Johann Häusler, Joachim Hanisch, Dr. Leopold Herz, Nikolaus Kraus, Peter Meyer, Alexander Muthmann, Prof. Dr. Michael Piazolo, Gabi Schmidt, Dr. Karl Vetter, Jutta Widmann, Benno Zierer und **Fraktion (FREIE WÄHLER)**,

Christine Kamm, Jürgen Mistol BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Subsidiarität
Vorschlag für einen Beschluss des Europäischen Parlaments und des Rates zur Einrichtung eines Mechanismus für den Informationsaustausch über zwischenstaatliche Abkommen und nicht verbindliche Instrumente zwischen Mitgliedstaaten und Drittländern im Energiebereich und zur Aufhebung des Beschlusses Nr. 994/2012/EU
COM(2016) 53 final
BR-Drs. 82/16

Der Landtag wolle beschließen:

Der Landtag stellt fest, dass gegen den Vorschlag für einen Beschluss des Europäischen Parlaments und des Rates zur Einrichtung eines Mechanismus für den Informationsaustausch über zwischenstaatliche Abkommen und nicht verbindliche Instrumente zwischen Mitgliedstaaten und Drittländern im Energiebereich und zur Aufhebung des Beschlusses Nr. 994/2012/EU, COM(2016) 53 final, BR-Drs. 82/16, Subsidiaritätsbedenken bestehen.

Der Landtag schließt sich damit der Auffassung der Staatsregierung an.

Die Staatsregierung wird aufgefordert, bei den Beratungen des Bundesrats auf die Subsidiaritätsbedenken hinzuweisen.

Sie wird ferner aufgefordert, darauf hinzuwirken, dass diese Bedenken Eingang in den Beschluss des Bundesrats finden.

Begründung:

Mit dem Vorschlag für einen Beschluss des Europäischen Parlaments und des Rates zur Einrichtung eines Mechanismus für den Informationsaustausch über zwischenstaatliche Abkommen und nicht verbindliche Instrumente zwischen Mitgliedstaaten und Drittländern im Energiebereich und zur Aufhebung des Beschlusses Nr. 994/2012/EU, COM(2016) 53 final, sollen Aufgaben von den Mitgliedstaaten auf die EU verlagert werden. Zwischenstaatliche Abkommen und nicht verbindliche Instrumente zwischen Mitgliedstaaten und Drittländern im Energiebereich unterliegen nicht der ausschließlichen Zuständigkeit der EU. Die EU begründet ihre Zuständigkeit mit der Rechtsgrundlage des Art. 194 Abs. 1 lit a) und b) AEUV, nämlich der Sicherstellung des Funktionierens des Energiemarkts und der Gewährleistung der Energieversorgungssicherheit in der Union. Es ist jedoch nicht erkennbar, dass durch die vorgeschlagene Einbindung der EU-Kommission in zwischenstaatliche Verhandlungen die Energieversorgungssicherheit in der Union gesteigert wird. Vielmehr kennen die Mitgliedstaaten jeweils selbst am besten ihre Bedürfnisse. Unterschiedliche Bedingungen in den Verträgen der einzelnen Staaten müssen zugelassen werden, da es sich auch um unterschiedliche Abnahmemengen, Transportwege etc. handelt. Daher ist ein Handeln der EU-Kommission in diesem Bereich im Sinn des Subsidiaritätsprinzips nicht erforderlich.

Nach Art. 194 Abs. 2 Satz 3 AEUV darf das Recht der Mitgliedstaaten, die Bedingungen für die Nutzung ihrer Energieressourcen festzulegen und zwischen verschiedenen Energiequellen zu wählen, nicht angetastet werden. Hieraus ergibt sich, dass die Mitgliedstaaten auch selbst dafür verantwortlich sind, für welche Energiequellen sie Lieferverträge zu welchen Bedingungen abschließen.

Drucksachen, Plenarprotokolle sowie die Tagesordnungen der Vollversammlung und der Ausschüsse sind im Internet unter www.bayern.landtag.de - Dokumente abrufbar. Die aktuelle Sitzungsübersicht steht unter www.bayern.landtag.de – Aktuelles/Sitzungen zur Verfügung.

Bayerischer Landtag

17. Wahlperiode 15.03.2016 **Drucksache** 17/**10505**

Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen

Antrag der Abgeordneten Kerstin Schreyer-Stäblein, Dr. Franz Rieger, Michael Brückner u.a. CSU, Dr. Linus Förster, Hans-Ulrich Pfaffmann, Susann Biedefeld u.a. SPD, Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Dr. Hans Jürgen Fahn u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER), Christine Kamm, Jürgen Mistol BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drs. 17/**10469**

Subsidiarität
Vorschlag für einen Beschluss des Europäischen Parlaments und des Rates zur Einrichtung eines Mechanismus für den Informationsaustausch über zwischenstaatliche Abkommen und nicht verbindliche Instrumente zwischen Mitgliedstaaten und Drittländern im Energiebereich und zur Aufhebung des Beschlusses Nr. 994/2012/EU
COM(2016) 53 final
BR-Drs. 82/16

I. Beschlussempfehlung:

Zustimmung

Berichterstatter: **Dr. Franz Rieger**
Mitberichterstatterin: **Susann Biedefeld**

II. Bericht:

1. Der Antrag wurde dem Ausschuss für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen federführend zugewiesen.
2. Der federführende Ausschuss hat den Antrag in seiner 38. Sitzung am 15. März 2016 beraten und einstimmig Zustimmung empfohlen.

Dr. Franz Rieger
Vorsitzender

Drucksachen, Plenarprotokolle sowie die Tagesordnungen der Vollversammlung und der Ausschüsse sind im Internet unter www.bayern.landtag.de - Dokumente abrufbar. Die aktuelle Sitzungsübersicht steht unter www.bayern.landtag.de – Aktuelles/Sitzungen zur Verfügung.

Bayerischer Landtag

17. Wahlperiode 16.03.2016 **Drucksache** 17/**10587**

Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Antrag der Abgeordneten **Kerstin Schreyer-Stäblein, Dr. Franz Rieger, Michael Brückner, Alex Dorow, Dr. Martin Huber, Alexander König, Alfred Sauter, Thorsten Schwab, Jürgen Ströbel, Walter Taubeneder, Peter Tomaschko CSU**,

Dr. Linus Förster, Hans-Ulrich Pfaffmann, Susann Biedefeld, Diana Stachowitz SPD,

Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Dr. Hans Jürgen Fahn, Bernhard Pohl, Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer, Günther Felbinger, Thorsten Glauber, Eva Gottstein, Johann Häusler, Joachim Hanisch, Dr. Leopold Herz, Nikolaus Kraus, Peter Meyer, Alexander Muthmann, Prof. Dr. Michael Piazolo, Gabi Schmidt, Dr. Karl Vetter, Jutta Widmann, Benno Zierer und **Fraktion (FREIE WÄHLER)**,

Christine Kamm, Jürgen Mistol BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Drs. 17/**10469**, 17/**10505**

Subsidiarität
Vorschlag für einen Beschluss des Europäischen Parlaments und des Rates zur Einrichtung eines Mechanismus für den Informationsaustausch über zwischenstaatliche Abkommen und nicht verbindliche Instrumente zwischen Mitgliedstaaten und Drittländern im Energiebereich und zur Aufhebung des Beschlusses Nr. 994/2012/EU
COM(2016) 53 final
BR-Drs. 82/16

Der Landtag stellt fest, dass gegen den Vorschlag für einen Beschluss des Europäischen Parlaments und des Rates zur Einrichtung eines Mechanismus für den Informationsaustausch über zwischenstaatliche Abkommen und nicht verbindliche Instrumente zwischen Mitgliedstaaten und Drittländern im Energiebereich und zur Aufhebung des Beschlusses Nr. 994/2012/EU, COM(2016) 53 final, BR-Drs. 82/16, Subsidiaritätsbedenken bestehen.

Der Landtag schließt sich damit der Auffassung der Staatsregierung an.

Die Staatsregierung wird aufgefordert, bei den Beratungen des Bundesrats auf die Subsidiaritätsbedenken hinzuweisen.

Sie wird ferner aufgefordert, darauf hinzuwirken, dass diese Bedenken Eingang in den Beschluss des Bundesrats finden.

Die Präsidentin

I.V.

Reinhold Bocklet

I. Vizepräsident

Drucksachen, Plenarprotokolle sowie die Tagesordnungen der Vollversammlung und der Ausschüsse sind im Internet unter www.bayern.landtag.de - Dokumente abrufbar. Die aktuelle Sitzungsübersicht steht unter www.bayern.landtag.de – Aktuelles/Sitzungen zur Verfügung.

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Ich rufe jetzt im Einvernehmen mit allen Fraktionen **außerhalb der Tagesordnung** zwei Anträge betreffend Subsidiaritätsangelegenheiten auf, die im hierfür federführenden Ausschuss für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen gestern beraten worden sind.

Antrag der Abgeordneten
Kerstin Schreyer-Stäblein, Dr. Franz Rieger, Michael Brückner u. a. (CSU),
Dr. Linus Förster, Hans-Ulrich Pfaffmann, Susann Biedefeld u. a. (SPD),
Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Dr. Hans Jürgen Fahn u. a. und Fraktion (FREIE WÄHLER),
Christine Kamm, Jürgen Mistol (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Subsidiarität
Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates über Maßnahmen zur Gewährleistung der sicheren Gasversorgung und zur Aufhebung der Verordnung (EU) Nr. 994/2010
COM(2016) 52 final (BR-Drs. 81/16) (Drs. 17/10466)

und

Antrag der Abgeordneten
Kerstin Schreyer-Stäblein, Dr. Franz Rieger, Michael Brückner u. a. (CSU),
Dr. Linus Förster, Hans-Ulrich Pfaffmann, Susann Biedefeld u. a. (SPD),
Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Dr. Hans Jürgen Fahn u. a. und Fraktion (FREIE WÄHLER),
Christine Kamm, Jürgen Mistol (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Subsidiarität
Vorschlag für einen Beschluss des Europäischen Parlaments und des Rates zur Einrichtung eines Mechanismus für den Informationsaustausch über zwischenstaatliche Abkommen und nicht verbindliche Instrumente zwischen Mitgliedstaaten und Drittländern im Energiebereich und zur Aufhebung des Beschlusses Nr. 994/2012/EU

COM(2016) 53 final (BR-Drs. 82/16) (Drs. 17/10469)

Der Bundesrat wird sich am Freitag damit befassen. Die interfraktionellen Anträge und die Beschlussempfehlung mit Bericht wurden an Sie verteilt. Eine Aussprache hierzu findet nicht statt. Wir kommen deshalb sofort zur Abstimmung.

Ich lasse zunächst abstimmen über den Antrag betreffend den Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates über Maßnahmen zur Gewährleistung der sicheren Gasversorgung und zur Aufhebung der EU-Verordnung Nummer 994 aus dem Jahr 2010, Bundesratsdrucksache 81/16, auf der Drucksache 17/10466. Mit dem Antrag soll festgestellt werden, dass gegen den oben genannten Vorschlag Subsidiaritätsbedenken bestehen. Die Staatsregierung soll aufgefordert werden, darauf hinzuwirken, dass diese Bedenken Eingang in den Beschluss des Bundesrates finden. Ich verweise hierzu auf die verteilte Drucksache 17/10466. Der federführende Ausschuss für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen empfiehlt einstimmig Zustimmung. Wer dem Antrag zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die Fraktionen der CSU, der SPD, der FREIEN WÄHLER und von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Gegenstimmen? – Keine. Stimmenthaltungen? – Auch nicht. Damit ist dem Antrag einstimmig zugestimmt worden.

Jetzt lasse ich abstimmen über den Antrag auf Drucksache 17/10469. Antragsteller sind wieder die vorgenannten Abgeordneten. Hier geht es um den Vorschlag für einen Beschluss zur Einrichtung eines Mechanismus für den Informationsaustausch über zwischenstaatliche Abkommen und nicht verbindliche Instrumente zwischen Mitgliedstaaten und Drittländern im Energiebereich und zur Aufhebung des EU-Beschlusses Nummer 994 aus dem Jahr 2012, Bundesratsdrucksache 82/16. Auch hier soll festgestellt werden, dass gegen den eben genannten Vorschlag Subsidiaritätsbedenken bestehen. Die Staatsregierung soll wiederum aufgefordert werden, darauf hinzuwirken, dass diese Bedenken Eingang in den Beschluss des Bundesrates finden. Ich verweise hierzu auf die Drucksache 17/10469. Der federführende Ausschuss für Bundes- und

Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen empfiehlt auch hier einstimmig Zustimmung. Wer dem Antrag zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind wiederum die Fraktionen der CSU, der SPD, der FREIEN WÄHLER und von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Gegenstimmen? – Ich sehe keine. Stimmenthaltungen? – Auch nicht. Damit ist dem Antrag ebenfalls einstimmig zugestimmt worden.